

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Auswertung der Sachberichte der Beratungsstandorte 2020

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ist das vom Bund geförderte Grundberatungsangebot in Deutschland für Eingewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund ab 27 Jahren. Ziel der MBE ist, die Teilhabechancen Ratsuchender in rechtlicher, sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht zu verbessern, aber auch durch strukturelle Arbeit im Sozialraum zum Gelingen von Integrationsprozessen beizutragen. Das Angebot ist für Ratsuchende kostenlos und wird von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege sowie dem Bund der Vertriebenen an bundesweit 1.490 Standorten vorgehalten.

Dank der Bundesförderung und der zusätzlichen Eigenmittel der Träger konnten bei der Caritas im Jahr 2020 im Durchschnitt 278,66 Personalstellen für rund 474 Mitarbeitende finanziert und 80.580 Personen beraten werden. Auf eine Vollzeitstelle entfielen damit 288 Ratsuchende. Im Jahr 2020 gab es insgesamt 455 MBE-Standorte der Caritas deutschlandweit, davon 301 Hauptstandorte und 154 mobile Beratungsstellen.

Jedes Jahr erstellen die Caritas-Einrichtungen der MBE Sachberichte, welche die Situation in den Beratungsstellen sowie aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen vor Ort widerspiegeln. Die Berichte werden in der Zentrale zusammengefasst und ausgewertet, so dass sich einerseits ein umfassender Überblick über die bundesweite Beratungstätigkeit ergibt und andererseits regionale Besonderheiten festgestellt werden können.

Einige Standorte verfassten gemeinsam einen Bericht, sodass in die vorliegende Zusammenfassung Informationen aus insgesamt 245 Sachberichten einfließen. Die Diagramme weisen jeweils prozentual aus, in wie vielen Sachberichten ein Thema oder Schlagwort genannt wurde. Die Auswertung gibt einen Überblick über die Beratungsthemen in der MBE sowie die Umsetzung der fachlichen Aufgaben durch die MBE.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



1. Beratungsthemen

Bei dieser offenen Frage nach den herausforderndsten Beratungsthemen wurden in den Sachberichten teilweise mehr als die gewünschten drei Themen genannt und in Folge in die Auswertung aufgenommen.

Allgemein fällt auf, dass mit geringen Unterschieden die Beratungsthemen fast in der gleichen Reihenfolge der Häufigkeit genannt werden wie im Vorjahr. Im Jahr 2019 war allerdings nach der Häufigkeit der Themen in der Beratung gefragt worden, während es im Jahr 2020 um die herausforderndsten Themen ging.

Drei Unterschiede fallen im Vergleich zum Vorjahr besonders auf: Das Thema Behördenangelegenheiten rückte von Platz sieben auf Platz vier der Nennungen. Als neue Themen kamen auf Platz acht der Nennungen im Jahr 2020 die Beratung in Zeiten von Corona und auf Platz elf die Fragen von EU-Bürger_innen hinzu.

Im Folgenden soll näher auf die herausforderndsten Themen eingegangen werden (in absteigender Häufigkeit der Nennungen, siehe hierzu auch Abbildung Nr. 1):

Existenzsicherung und Zugang zu Sozialleistungen (61 Prozent): Dieses Thema wurde auch im Vorjahr am häufigsten genannt (67 Prozent im Jahr 2019). Bedingt durch die Corona-Pandemie und dem damit verbundenen häufigen Verlust der Arbeitsstelle oder der daraus resultierenden Kurzarbeit, verstärkte sich im Jahr 2020 für viele Ratsuchende die Notlage. Die Beratungsanliegen zu diesem Thema betreffen insbesondere den Zugang zu Leistungen nach dem SGB II sowie zu Kindergeld und Kinderzuschlag, Elterngeld, Wohngeld, Kurzarbeitergeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe. Es wird berichtet, dass vermehrt EU-Bürger_innen in die Beratung kamen, welche vorher in der Tourismus- oder Gastronomiebranche in ihren Heimatländern gearbeitet hatten. Von einer Besonderheit wurde aus der Grenznähe zu den Niederlanden und Belgien berichtet, wo sich Unionsbürger_innen in Deutschland aufhalten, jedoch in den Nachbarländern erwerbstätig sind. Dies führte zu großen Herausforderungen bei der Antragstellung von Sozialleistungen.

Es wird außerdem berichtet, dass krisenbedingt Studierende, Personen mit einem Aufenthalt für Hochqualifizierte und lange in Deutschland lebende Personen und Familien oft sogar erstmals die Beratungsstellen aufsuchten.

Arbeit und Beruf (49 Prozent): Als zweithäufigstes Thema wurden Beratungsanfragen zum Thema Arbeit und Beruf genannt. Aufgrund der Corona-Pandemie verloren viele Menschen ihre Arbeitsplätze, vor allem im Niedriglohnsektor, wie z. B. in der Gastronomie oder in Reinigungsberufen, oder waren von Kurzarbeit betroffen. Es wird geschildert, welche Konsequenzen der

Arbeitsverlust und die fehlenden Einkünfte für einige Ratsuchende haben, so dass sie z. B. keine Niederlassungserlaubnis erhalten können. Laut der Sachberichte konnten nur die wenigsten Ratsuchenden in Arbeit vermittelt werden. Dies war z. B. möglich im Pflegebereich oder im Paketzustelldienst. Oft entstand für die MBE Mehrarbeit mit der Unterstützung bei Bewerbungen, da Orte mit öffentlichen PC-Arbeitsplätzen geschlossen waren. Neben den Themen Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche wurden auch die Themen Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und Fragen der beruflichen Qualifizierung an die Beratenden herangetragen. Weitere Themen waren der Umgang mit (prekären) Arbeitsbedingungen, arbeitsrechtliche Themen und Diskriminierung sowie der Kontakt zu oder Umgang mit Kammern.

Familienzusammenführung (45 Prozent): Das Thema Familienzusammenführung steht wie im Vorjahr an dritter Stelle der Nennungen. Durch die Corona-Pandemie kam es zu erschwerten Bedingungen und damit zu starken Verzögerungen beim Familiennachzug: Auslandsvertretungen waren geschlossen oder nur eingeschränkt erreichbar. Die Terminvergabe der deutschen Botschaften war für mehrere Monaten ausgesetzt. Bereits bewilligte Visa zur Familienzusammenführung verloren aufgrund des Reisestopps ihre Gültigkeit. Sprachkurse in den Herkunftsländern der Familienangehörigen konnten aufgrund der Pandemie nicht fortgeführt werden, und dadurch konnten Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Familienzusammenführung teilweise nicht erfüllt werden. Als größte Herausforderung wurde genannt, über aktuelle Entwicklungen und Änderungen informiert zu bleiben und diese an die Ratsuchenden weiterzugeben. Weiterhin werden die Identitätsklärung und Dokumentenbeschaffung als sehr zeitintensiv genannt. Die Urkundenprüfung erwies sich als besonders schwierig bei Ratsuchenden aus Eritrea, Somalia, Jemen oder Afghanistan. Laut der Sachberichte warten Menschen aus Eritrea und Somalia teilweise bis zu vier Jahre auf ihre Familienangehörigen.

Behördenangelegenheiten (34 Prozent): Dieses Thema hat im Vergleich zum Vorjahr (19 Prozent) sehr stark an Bedeutung zugenommen. Aufgrund der Schließung von Behörden im Kontext der Corona-Pandemie wandten sich die Ratsuchenden sehr häufig an die Beratenden der MBE, um Unterstützung bei der Antragstellung bei und dem Schriftverkehr mit Behörden zu erhalten. Es wird berichtet, dass viele Ratsuchende bei der digitalen Kontaktaufnahme mit den Behörden vor großen Hürden standen, was u.a. mangelnder digitaler Kompetenz, fehlenden Endgeräten oder auch unzureichenden Sprachkenntnissen (bzw. sprachlichen Zugangsbarrieren) zugeschrieben wird.

Sicherung des Wohnraums (34 Prozent): Dieses Thema wurde zwar weniger häufig als im Vorjahr (43 Prozent) genannt. Trotzdem stellt das Thema Wohnen weiterhin ein akutes Problem für viele Ratsuchende dar bzw. spitzte sich durch die Corona-Krise teilweise zu. Durch den Verlust des Arbeitsplatzes waren viele Ratsuchende von Obdachlosigkeit bedroht. Insbesondere bei

Unionsbürger_innen wird von einer prekären Wohnsituation berichtet. Kinderreiche Familien erlebten während des Lockdowns sehr belastende Situationen in beengten Wohnverhältnissen. Es wird außerdem von komplizierten Fällen aufgrund der Wohnsitzauflage für Geflüchtete berichtet. **Aufenthaltsrecht** (33 Prozent): Beim Thema Aufenthaltsrecht gibt es einige Überschneidungen mit dem Thema Familienzusammenführung. In diesem Bericht umfasst das Thema Aufenthaltsrecht Fragen zur Aufenthaltsverfestigung und Niederlassungserlaubnis, zu den Voraussetzungen der Erlangung eines Aufenthaltstitels, z. B. Identitätsklärung und Passbeschaffung, sowie zu Themen im Zusammenhang mit Asylverfahren, z. B. die Beantragung von Familienasyl bei Neugeborenen. Wichtige Themen waren außerdem die aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen bei pandemiebedingter unzureichender Lebensunterhaltssicherung sowie Fragen zur „Duldung light“.

Sprachkurse und Deutschlernen (24 Prozent): Das Thema Sprachkurse und Deutschlernen wurde weniger oft genannt als im Vorjahr (35 Prozent), was unter anderem daran liegen mag, dass viele Integrationskurse pandemiebedingt ausgesetzt wurden. Es wird berichtet, dass das Angebot an Online-Kursen nicht den Bedarf deckte. Vielen der Ratsuchenden fehlen laut den Berichten die technische Ausstattung und die entsprechenden Kenntnisse, um die digitalen Kurse wahrzunehmen. Insofern war die Vermittlung in die Kurse sowie die Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung im Jahr 2020 besonders herausfordernd. In vielen Berichten wird das Fazit gezogen, dass infolge unterbrochener Integrationskurse auch Integrationsprozesse insgesamt erschwert worden seien. Außerdem wurde mancherorts bemängelt, dass keine Integrationskurse für Menschen mit Lernschwierigkeiten und/ oder körperlicher Behinderung zur Verfügung stünden.

Beratung zu Zeiten von Corona (20 Prozent): Bei diesem im Jahr 2020 neu hinzugekommenen Thema führten die Beratenden aus, wie sie die Beratung unter Pandemie-Bedingungen gestalteten. Oft fand die Beratung per Telefon und per E-Mail statt, wofür in vielen Fällen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse noch mehr Zeit benötigt wurde. Manche Beratende konnten mit Diensthandy über Messenger-Dienste mit den Ratsuchenden im Kontakt sein, andere nutzten die Online-Beratung der Caritas oder mbeon. Es wird berichtet, dass aufgrund der Kontaktbeschränkungen der Kontakt zu einigen Ratsuchenden abbrach und die Zahl der Case Management Fälle abnahm. Außerdem konnten die Beratenden oft nicht mehr auf die Unterstützung von Freiwilligen bei der Formularhilfe zurückgreifen. Erfreulicherweise wird auch berichtet, dass die neuen Beratungsformate jedoch auch die Eigenverantwortung der Klient_innen stärkten und ihre Kompetenzen erweiterten.

Schulden und Verbraucherfragen (14 Prozent): Bedingt durch die Pandemie und den häufigen Verlust der Arbeitsstelle hat dieses Thema im Jahr 2020 einen wichtigen Stellenwert bekommen.

Es wurde jedoch weniger häufig genannt als im Vorjahr (17 Prozent). Unter das Thema fallen insbesondere Miet-, Energie-, Handy- und Internetschulden, Versicherungsverträge zu nachteiligen Konditionen für die Klient_innen sowie fällige Rückzahlungen an das Jobcenter. Dadurch, dass viele Berater_innen mit diesem Thema konfrontiert waren, gaben mehrere als Fortbildungswunsch eine Einführung in die Schuldnerberatung und in das Vertragsrecht an.

Gesundheit, Erkrankungen, Traumatisierung (13 Prozent): Angesichts der Corona-Pandemie bekam auch das Thema Gesundheit und Krankheit eine größere Gewichtung als im Vorjahr (10 Prozent). Es wird berichtet, dass die Klient_innen neben der Angst, an Corona zu erkranken, aufgrund der erschwerten Lebenssituation größeren psychischen Belastungen ausgesetzt waren. Aufgrund des Lockdowns litten viele Ratsuchende unter Vereinsamung, und Depressionen nahmen zu. Auch die fehlende oder unklare Bleibperspektive führte zu großen psychischen Belastungen. Es wird außerdem berichtet, dass die Beratung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz besonders herausfordernd war.

Fragen von EU-Bürger_innen (13 Prozent): Die Kategorie Fragen von EU-Bürger_innen kam im Bericht für das 2020 neu hinzu. Es wird in den Berichten geschildert, dass der Zugang von EU-Bürger_innen zu Sozialleistungen – unter anderem ALG I, ALG II, Kurzarbeitergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag und Kindergeld – sowie die Verhinderung des Verlustes der Freizügigkeit einen großen Raum in der Beratung einnahm. Oft verlangen die Behörden unersichtlich viele Unterlagen von den ratsuchenden EU-Bürger_innen, dies wird vor allem von der Familienkasse berichtet. Es wird geschildert, dass EU-Bürger_innen, vor allem aus Osteuropa, die im Laufe des Jahres 2020 nach Deutschland kamen, von den Auswirkungen der Pandemie in besonderer Weise betroffen sind. Sie finden nur in wenigen Fällen Arbeit, haben kein Anrecht auf Sozialleistungen, werden oder sind obdachlos, nicht krankenversichert und verlieren das Freizügigkeitsrecht. Laut den Berichten werden diese Menschen oft in die aufenthaltsrechtliche Illegalität gedrängt.

Familie, Erziehung, häusliche Konflikte und Gewalt (13 Prozent): Das Thema Familie nahm gegenüber dem Vorjahr (8 Prozent) ebenfalls einen größeren Stellenwert ein. Bedingt durch den Lockdown wird von einer Zunahme der Fälle häuslicher Gewalt und der Trennungen berichtet. Beratende berichten bei sehr problematischen Familiensituationen von der Kooperation mit anderen Stellen, wie Jugend- und Sozialamt, Erziehungsberatung, Frühförderung und Familienhilfe. Unter das Thema fallen auch die Nennungen zu Eheschließung, Schwangerschaft und Geburt, Kindererziehung, Scheidung und Sorgerecht.

Kinderbetreuung und Schule (11 Prozent): Durch die Lockdown-bedingte Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen waren Familien mit großen Problemen konfrontiert, die durch beengte Wohnverhältnisse oft noch verstärkt wurden. In vielen Familien fehlte es an WLAN und

digitalen Endgeräten für das Fernlernen, viele Eltern waren sprachlich überfordert, ihre Kinder dabei zu unterstützen. Laut der Berichte leiden besonders Frauen unter dieser Situation, die trotz mangelnder Kinderbetreuung von den zuständigen Behörden verpflichtet würden, einen Integrationskurs zu beginnen bzw. fortzusetzen.

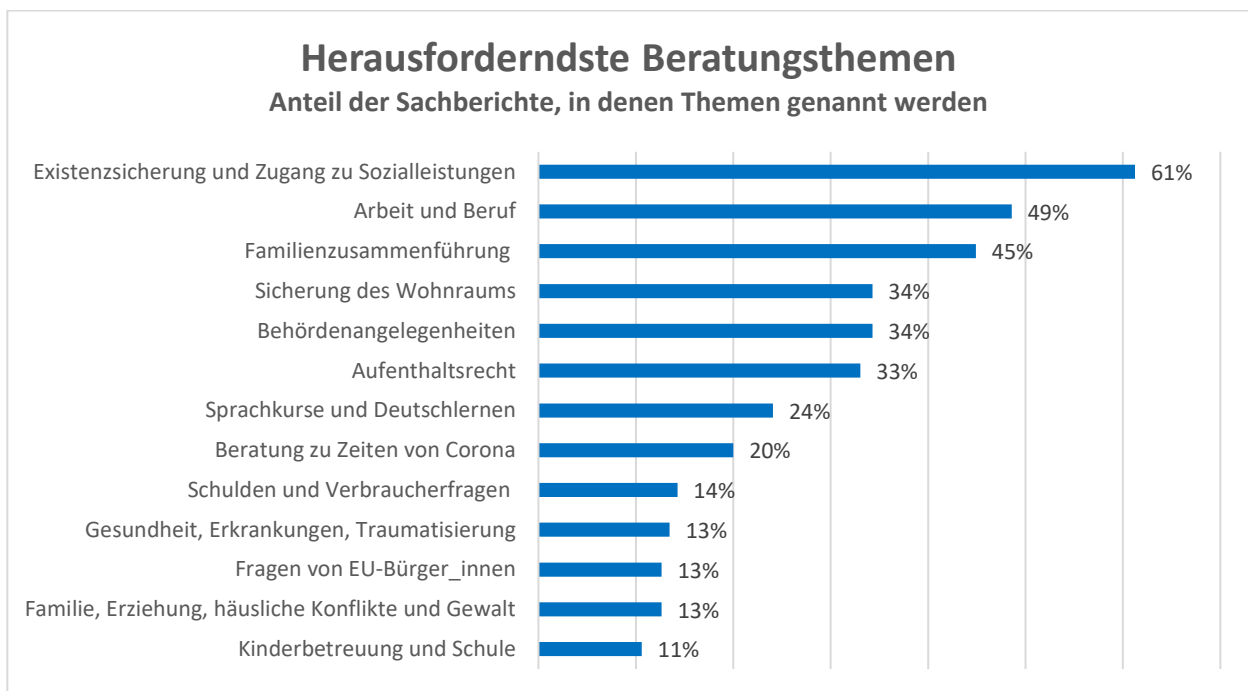


Abbildung Nr. 1

2. Fachliche Aufgaben

Mit Blick auf die fachlichen Aufgaben der MBE – Netzwerkarbeit, Mitwirkung an interkultureller Öffnung und Öffentlichkeitsarbeit: Welche Aspekte waren Ihres Erachtens im Jahr 2020 besonders gelungen oder innovativ, welche besonders problematisch? Bitte benennen Sie sie stichpunktartig für die drei unten genannten Bereiche jeweils maximal zwei Punkte.

Die Fragen waren bewusst offen gestaltet. Dadurch haben wir eine sehr breite Vielfalt an Themen und Antworten erhalten. Teilweise lassen sich die Antworten schwer vergleichen und widmen sich unterschiedlichen Aspekten: Einige der Berichte fokussieren sich auf Aspekte wie Format und Arten der Zusammenarbeit. Andere nahmen die Akteure in den Blick, mit denen zusammengearbeitet wurde. Im Folgenden wird deshalb auf prozentuale Verteilungen und Schaubilder verzichtet. Dadurch soll ein vielfältiger Eindruck der Arbeit an den fallübergreifenden fachlichen Aufgaben (Netzwerkarbeit, Interkulturelle Öffnung und Öffentlichkeitsarbeit) entstehen.

2.1 Netzwerkarbeit

Die MBE-Beratungsstellen arbeiteten auch 2020 in dynamischen Netzwerken aus einer Vielzahl an neuen sowie zahlreichen lange etablierten Partnerschaften. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen haben sich sehr stark auf die Netzwerkarbeit ausgewirkt. In einem Großteil der Berichte wird auf die pandemiebedingten Schwierigkeiten verwiesen. Aufgrund dessen mussten zahlreiche Netzwerktreffen abgesagt oder verschoben werden. Viele Arbeitskreise und Konferenzen konnten im ganzen Jahr nicht in Präsenz tagen. Doch so schwierig die Bedingungen für die Netzwerkarbeit auch waren, die Lösungen sind umso vielseitiger:

Tatsächlich berichtet ein großer Teil, dass die Umstellung auf virtuelle Formate gut funktioniert und sogar einige Vorteile hat. Die Fahrtzeiten entfallen, und manche Akteure sind dadurch sogar besser erreichbar und können an mehr Terminen teilnehmen. So wird in den Berichten sehr oft von Telefon-, Videokonferenzen und anderen Onlineformaten im Zusammenhang mit der Netzwerkarbeit berichtet. Stellenweise diente die neue Technik auch dazu, das Netzwerk zu erweitern und neue Kontakte zu knüpfen. Am häufigsten wird die enorme Zeitersparnis positiv hervorgehoben.

Selbstverständlich wurde auch über Nachteile berichtet: Bestehende Kontakte sind gut zu halten, neue lassen sich jedoch nur schwer aufbauen. So haben insbesondere neue Kolleg_innen einen erschwerten Start und konnten nur schwer Netzwerke kennenlernen und aufbauen. Technische Probleme und mangelnde Ausstattung sowie verschiedene Plattformen und Systeme führen zu Komplikationen in der Netzwerkarbeit.

Die Mitarbeiter_innen der MBE-Beratungsstellen waren in verschiedenen Foren, insbesondere Arbeitskreisen, Netzwerk- und Austauschtreffen, runden Tischen und anderen kommunalen Gremien aktiv und hatten darüber hinaus persönliche Kontakte und fallbezogene Absprachen mit einzelnen Netzwerkpartnern. Zu den am häufigsten genannten Netzwerkpartner_innen zählten die Agenturen für Arbeit und Jobcenter, andere behördliche Stellen (Stadt, Kommune, Landkreis, Ausländerbehörde, usw.), andere Beratungsstellen (insbesondere Jugendmigrationsdienste (JMD) und Flüchtlingssozialberatung) sowie andere Wohlfahrtsverbände (insbesondere MBE-Träger). Häufig genannt wurden außerdem Integrationsbeauftragte, Integrationslotsen bzw. Integrationsbüros, Caritas-interne Fach- und Regeldienste und Bildungsträger und Einrichtungen, darunter vor allem die Integrations- und Sprachkursträger, Kitas, Schulen, Volkshochschulen und Universitäten.

2.2 Mitwirkung an interkultureller Öffnung

Die Mitwirkung an der interkulturellen Öffnung war noch mehr von Corona-bedingten Absagen betroffen. Viele Beratungsstellen berichten davon, dass das Thema im Jahr 2020 nicht oder nur sehr eingeschränkt bearbeitet werden konnte. Am häufigsten wurde genannt, dass die interkulturelle Öffnung im Rahmen der Gremien- und Netzwerkarbeit thematisiert wurde und in fallbezogener Arbeit, bspw. im Austausch mit den Behörden.

Daneben wurde die Arbeit im eigenen Haus bzw. Verband häufig genannt. Einige Caritasverbände planen für das kommende Jahr Prozesse der interkulturellen Öffnung, andere arbeiten bereits stetig daran oder tauschen sich intensiv mit anderen Einrichtungen dazu aus.

Ansonsten wurden vor allem Einzelaktionen (z.B. eine Aufkleber-Verteilaktion), Aktionstage (Tag des Flüchtlings, Interkulturelle Woche) oder die Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas genannt. An einigen Stellen ist der Übergang zur Öffentlichkeitsarbeit fließend, bspw. wenn mehrsprachige Informationsmaterialien erstellt und verteilt wurden.

2.3 Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktualisierung, Erstellung und Verteilung von Informationsmaterialien und Flyern ist die Maßnahme der Öffentlichkeitsarbeit, die am häufigsten genannt wird. Viele Standorte nutzten Zeiten der Kontaktbeschränkung dafür, ihre Materialien auf den neusten Stand zu bringen. Damit einhergehend wurde häufig genannt, dass die Kommunikation der (häufiger wechselnden) neuen Öffnungs- und Beratungszeiten zur Öffentlichkeitsarbeit genutzt wurde.

Neben den eigenen Materialien wurden auch 2020 sehr viele Pressegespräche geführt, und es erschienen Artikel, Interviews und Anzeigen in den Medien. Oft wurde hierfür der MBE-Aktionstag als Anlass genommen.

Einige Berichte erwähnen neu erprobte Formate, wie eigene Newsletter, Videos oder Filme. Auch die Onlineberatung wird in diesem Zusammenhang häufig erwähnt: Viele Berater_innen werben für die Onlineberatung der Caritas im Migrationsbereich, die gleichzeitig die MBE bekannter macht. Auch die eigenen Homepages oder Social Media Seiten wurden aktiv genutzt, um auf die MBE hinzuweisen.

Trotz Pandemie konnten einige Standorte auch 2020 Angebote zum MBE-Aktionstag durchführen. Auch zur interkulturellen Woche oder zu anderen Aktionstagen fanden Veranstaltungen statt. Die meisten Aktionen konnten 2020 leider nur einen kleineren Personenkreis erreichen. Doch auch hier ließen sich wieder zahlreiche kreative und innovative Lösungen aus den Berichten herauslesen. Es fanden kleinere Aktionen statt, die unter den geltenden Hygienestandards

möglich waren. Ein weiteres Beispiel ist der virtuelle Aktionstag, für den ein Gespräch mit einem Mitglied des Bundestags als Videokonferenz organisiert wurde. Auch wenn hier der persönliche Austausch und das Zusammentreffen vor Ort oft gefehlt hat, konnten solche Ideen dazu beitragen, die MBE gegenüber Öffentlichkeit und Politik bekannter zu machen und die Wichtigkeit der Beratungsarbeit hervorzuheben.

Freiburg, im August 2021

Deutscher Caritasverband, Referat Migration und Integration, Julia Gestrich und Sönke Lungfiel